

1. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 14/9700](#)

Ergänzung 14/10090

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen

14/10200 - 14/10206, 14/10208, 14/10210 - 14/10215 und 14/10220

Ich rufe auf:

Einzelplan 14 Ministerium für Bauen und Verkehr

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche „Städtebau und Wohnen“ und „Verkehr“. Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10214 und auf die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; das sind die Nummern 71 bis 79 der Tischvorlage.

Wir beginnen mit dem

Teilbereich Städtebau und Wohnen

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Kollege Hilser. Bitte schön, Herr Hilser.

Dieter Hilser (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist die letzte Debatte zum Teilbereich „Städtebau und Wohnen“ des Einzelplans 14 unter einer schwarz-gelben Landesregierung.

(Lachen von der FDP)

Von daher gestatten Sie mir einen Rückblick auf die Politik und die Haushaltsentwicklung in diesem Bereich. Begonnen hat die ganze Sache mit dem Leitfadensatz und unter der Planidee „Privat vor Staat“. Das Thema „Privat vor Staat“ hat sich durch die gesamte Haushaltspolitik in diesem Bereich in den letzten viereinhalb Jahren gezogen.

(Unruhe – Glocke)

Vizepräsident Oliver Keymis: Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns die Beratungen zügig und so fortsetzen, dass man dem Redner oder der Rednerin auch zuhören kann. Ich bitte Sie, die Gespräche nach draußen zu verlagern bzw. demjenigen zu lauschen, der spricht. – Bitte schön, Kollege Hilser, Sie haben das Wort!

Dieter Hilser (SPD): Die Politik „Privat vor Staat“ wurde die letzten Jahre konsequent durch den ganzen Haushalt gezogen. Angefangen hat die Aktion mit der Beschneidung der Mieterrechte. Zwei Beispiele an dieser Stelle: Zunächst wurde gegen den ausdrücklichen Widerstand von 42 mittelgroßen und großen Städten die Zweckentfremdungsverordnung abgeschafft. Sie haben damit den Städten die Möglichkeit genommen, zu verhindern, dass Wohnraum in der Innenstadt in Gewerbe- oder Büroräume umgewandelt wird. Dann haben Sie die Kündigungssperrfristverordnung aufgehoben und damit dafür gesorgt, dass sich der Kündigungsschutz von acht auf drei Jahre für einige hunderttausend Bürgerinnen und Bürger in diesem Land reduziert hat. Das war alles unter dem Stichwort „Privat vor Staat“ – auf Kosten der Mieterinnen und Mieter in diesem Lande.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann kam die zweite Stufe, der Verkauf der LEG. Sie haben die Nebelkerzen geworfen, dass Sie eine Soziacharta entwickelt hätten, die den Mietern der LEG auch bei Verkäufen schützen würde. Zunächst muss man feststellen: Sie haben die LEG an eine internationale Immobilienfirma verkauft, für die der Begriff „Heuschrecke“ eindeutig und glasklar zutrifft. Sie waren stellenweise nicht einmal in der Lage, uns mitzuteilen, wie viele Käufer es für diesen LEG-Bereich eigentlich gab. Aber klar ist, das war eine internationale Immobilienspekulantin. Und wir erfahren heute, was aus diesen Verkäufen geworden ist. Schauen wir zum Beispiel nach Dortmund-Wickede, nach Kreuztal, nach Unna, nach Neuss und nach Essen. In Essen-Bergmannsfeld wurden 900 LEG-Wohnungen an eine Heuschrecke verkauft. Ein Drittel der Wohnungen ist renoviert, aber da stehen seit Monaten die Werkzeuge in der Ecke und dort

passiert nichts mehr. Wir haben die schriftliche Äußerung der LEG-Geschäftsführung, dass frühestens im Frühjahr 2010 eine Entscheidung fällt, ob die Maßnahmen fortgeführt werden oder nicht. Das sind glasklare, konkrete Beispiele, wozu Ihr Verkauf der LEG geführt hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es war ja nun nicht so, dass Sie dann stehen geblieben wären. Gestern kam dann der Supergau ihrer Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen: nämlich der Beschluss über die Vollintegration des Wohnungsbauvermögens in die NRW.BANK. Dazu muss ich kurz erläutern: Sie schieben ein Vermögen in Höhe von 18 Milliarden € aus einer selbstständigen Anstalt in die NRW.BANK. Damit kommt es im Grunde zu zwei wesentlichen Ergebnissen. Erstens. Wir haben ein jährliches Fördervolumen in Höhe von 1 Milliarde € aus diesem Wohnungsbauvermögen, mit dem Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen gemacht wird. Diese 1 Milliarde € tritt durch Ihre Gesetzgebung jetzt in Konkurrenz zu anderen Förderzwecken – mit Mittelstandsförderung, Bildungsförderung und anderen Infrastrukturprojekten. Das heißt, Sie werden willentlich und wissentlich die Wohnungsbauförderung in Nordrhein-Westfalen zurückschrauben. Das ist ein verheerendes Signal, vor allem gegenüber den Städten dieses Landes.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zweitens: In § 6 Abs. 3 des Gesetzes zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen, zur Steigerung der Fördermöglichkeiten der NRW-BANK und zur Änderung anderer Gesetze räumen Sie dem Bankvorstand bei sogenannten Risikogeschäften ein Vetorecht ein. Das bedeutet, in Zukunft entscheidet nicht mehr das Parlament über Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen, sondern der Bankvorstand der NRW.BANK. Das ist eine unsägliche Entscheidung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist ja nicht nur so, dass Sie diesen Unfug anrichten, sondern Sie lehnen auch noch die Vorschläge der Opposition konsequent ab. Zwei Beispiele dazu: Erstens. Unseren Vorschlag, Standortgemeinschaften zum Thema Wohnen einzurichten, sodass wir die Möglichkeit haben, Investoren, die sich an Stadtentwicklung nicht beteiligen wollen, per Gesetz dazu zu zwingen, mitzuhelfen, Stadtquartiere lebenswert zu halten, haben Sie ohne Argumente, ohne jede Begründung abgelehnt. Zweitens. Wir haben uns dafür ausgesprochen, aus den Überschüssen der Wohnungsbauanstalt eine Stiftung einzurichten, damit wir über diese Stiftung sogenannte weiche Faktoren in Problemvierteln stützen und aufbauen können. Auch das haben Sie konsequent und ohne eigene Vorstellungen abgelehnt. Damit stelle ich fest: Unter dem Strich hat in der Entwicklung der letzten Jahre Ihre Politik dazu geführt, dass Mieterrechte beschnitten und 100.000 Wohnungen an Spekulanten verscherbelt wurden. Sie fahren das Landeswohnungsbauvermögen an die Wand und lassen die Kommunen im Stich. Das alles ist schädlich für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)